PST
Parti suisse du Travail
Partei der Arbeit der Schweiz
Partito svizzero del Lavoro

Analyse der Partei der Arbeit der Schweiz

Aggressionen der USA unter der zweiten Trump-Regierung in alle Richtungen: Warum und wie man sie bekämpfen muss

Seit dem Amtsantritt der zweiten Trump-Regierung steht die Welt in Flammen. Das Völkerrecht wird offen missachtet, die bisherige – wenn auch grundsätzlich ungerechte – internationale Ordnung wird demontiert, Drohungen mit Gewaltanwendung und militärische Aggressionen nehmen zu. Zu den schwerwiegendsten Handlungen dieser Regierung gehören innerhalb eines einzigen Jahres: die Entführung des legitimen Präsidenten Venezuelas, die weitere Verschärfung der Blockade gegen Kuba sowie die Auslösung eines gross angelegten Krieges gegen den Iran. Die Zukunft ist unsicherer denn je, und alle sind bedroht.

Das Handeln dieser Regierung ist jedoch kein Blitz aus heiterem Himmel. Es erklärt sich aus der Geschichte und aus den Widersprüchen, mit denen der US-Imperialismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert ist. Es ist entscheidend, diese Ursachen zu verstehen, um den heutigen US-Imperialismus wirksam bekämpfen zu können.

USA: ein Imperium im Niedergang

Der US-Imperialismus erreichte seinen Höhepunkt nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der meisten sozialistischen Staaten Anfang der 1990er Jahre. Als einzige globale Supermacht errichteten die USA eine nahezu unipolare Welt und eine sogenannte «regelbasierte internationale Ordnung», die jedoch nicht dem seit dem Zweiten Weltkrieg bestehenden Völkerrecht entspricht, sondern allein ihren Interessen dient: der «Washington Consensus», neoliberale Globalisierung, Deregulierung und freier Verkehr von Waren und Kapital, unter Zwang auferlegte Strukturanpassungsprogramme für Staaten des Globalen Südens, Privatisierungen öffentlicher Dienste und staatlicher Unternehmen sowie angeblich «humanitäre» Interventionen. Diese neue «regelbasierte internationale Ordnung» wurde durch politischen, wirtschaftlichen und teilweise direkten militärischen Zwang durchgesetzt – um den Preis enormer Gewalt, verheerender Folgen für die Gesellschaften des Globalen Südens und einer Rückkehr des westlichen Neokolonialismus. Für die USA ermöglichte diese extrem ungleiche und ungerechte Ordnung eine beispiellose Steigerung der Profite auf Kosten der Arbeit sowie eine nahezu uneingeschränkte Dominanz der USA und ihrer multinationalen Konzerne über die Welt.

Doch diese unipolare Phase ist heute vorbei. Die Globalisierung und die «regelbasierte Weltordnung» haben Wirkungen entfaltet, die die US-Hegemonie zunehmend untergraben. Die durch neoliberale Politik eingeführte Deregulierung bot nur eine vorübergehende Lösung der Kapitalismuskrise, während sie deren Ursachen verschärfte: Die Folge war die Krise von 2008; seitdem ist der Kapitalismus auf globaler Ebene nie vollständig aus seiner strukturellen Krise herausgekommen. Diese neoliberalen Politiken führten zudem zu einer beispiellosen Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, was zwar ihr direktes Ziel war, jedoch eine extreme Verschärfung sozialer Widersprüche mit sich brachte und das System zunehmend selbst bedroht.

Der freie Verkehr von Waren und Kapital auf globaler Ebene sowie der Wettbewerb um Skaleneffekte zulasten der Beschäftigten führten dazu, dass US-Multinationale ihre Produktion massiv in die Länder des Globalen Südens verlagerten und im Wesentlichen nur noch Forschung, Entwicklung und Kapitalkontrolle in den USA behielten. Diese Einsparungen auf Kosten der Arbeiter:innen hatten jedoch zwei zentrale Folgen: eine starke Deindustrialisierung in den USA mit anschliessender Arbeitslosigkeit sowie ein stetig wachsendes Handelsbilanzdefizit der USA, da der weiterhin hohe Konsum der oberen und mittleren Schichten zunehmend durch Importe gedeckt wird.

Dieser Zustand könnte zunächst als wenig problematisch erscheinen, zumindest weit weniger als für andere Länder. Solange der US-Dollar die Leitwährung der internationalen Märkte bleibt, sind andere Länder gezwungen, ihn zu halten und damit US-Staatsanleihen zu kaufen. Die USA können dadurch so viele Dollar emittieren, wie sie benötigen, ihre Schulden vom Rest der Welt finanzieren lassen und ihre Importe mit einer weltweit akzeptierten Währung bezahlen. Solange ihre Multinationalen die Wertschöpfungsketten dominieren, bleibt ihre Stellung gesichert. Und auch die US-Militärmaschine steht weiterhin bereit, diese Dominanz mit Gewalt abzusichern.

Dennoch führt diese Situation zu einer schrittweisen Erosion der US-Dominanz, die zunehmend zur ernsthaften Bedrohung wird. Die führende Rolle der USA im Welthandel nimmt allmählich ab, ihre Importe gehen relativ gesehen zurück. Zwar bleiben US-Konzerne in einigen Sektoren zentral, doch ihr wirtschaftlicher Vorsprung und ihre Führungsposition in Forschung und Entwicklung werden zunehmend infrage gestellt, da Unternehmen anderer Länder – insbesondere chinesische – nicht nur gleichziehen, sondern sie oft übertreffen. Gleichzeitig führt die einfache Finanzierung des Handelsdefizits durch andere Staaten zu einer stetig wachsenden Verschuldung der USA. Auch wenn diese Schulden in Dollar denominiert sind, wird dies zunehmend problematisch. Die US-Staatsverschuldung erreicht heute schwindelerregende Höhen. Zudem verschafft der Besitz grosser Mengen US-Staatsanleihen anderen Staaten einen erheblichen Einfluss, gegen den sich die USA nur schwer schützen können: Der massenhafte Verkauf dieser Anleihen führt automatisch zu stark steigenden Zinsen für neue Emissionen und kann die USA in eine finanzielle Krise treiben. Darüber hinaus ermöglicht der Besitz grosser Dollarreserven ausländischem Kapital den Aufkauf von Anteilen an US-Unternehmen und die Aneignung eines Teils ihrer Gewinne. 2024 überstiegen erstmals die aus den USA abfliessenden Profite die einfliessenden, was die dominierende Stellung der US-Bourgeoisie weiter schwächt.

Entstehung einer multipolaren Welt und Konfrontation mit der Volksrepublik China

Der Rückgang der US-Hegemonie geht einher mit dem Aufstieg anderer Mächte, die ihnen heute Marktanteile und Einflusszonen streitig machen. Dank der Politik der Reform und Öffnung konnte die Volksrepublik China – indem sie sich zu ihren eigenen Bedingungen in die Globalisierung integrierte und die Gesetze des Kapitalismus im Sinne ihrer Entwicklungspläne nutzte – nicht nur ihren jahrhundertelangen Rückstand sowie die Folgen ausländischer Invasionen und des Bürgerkriegs überwinden und die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung erheblich verbessern, sondern auch zur grössten Volkswirtschaft der Welt nach Kaufkraftparität werden, eine Grossmacht, die für die USA einen gleichwertigen Konkurrenten darstellt. Auch andere Mächte sind weltweit aufgestiegen und haben heute grösseres wirtschaftliches und politisches Gewicht als zuvor: die Russische Föderation, Indien, Südafrika, Brasilien … Diese Länder sind in den meisten Fällen kapitalistisch und verfolgen unterschiedliche, nicht zwangsläufig progressive Agenden. Gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sie ihre eigenen Ziele verfolgen, die sich je nach Situation gegenseitig widersprechen können, aber die US-Hegemonie und die unipolare Logik in Frage stellen.

Eine multipolare Welt ist Realität geworden. Die meisten dieser aufstrebenden Mächte haben sich in der Gruppe der BRICS+ zusammengeschlossen, einer Kooperationsplattform (die nicht exklusiv ist und bestehende Widersprüche zwischen den Mitgliedsländern nicht aufhebt). Dieser Prozess bietet erstmals seit dem Ende der Sowjetunion eine konkrete Alternative zur unipolaren Hegemonie der USA und ermöglicht es Ländern des Globalen Südens, sich dem neokolonialen Druck zu entziehen und eigene Entwicklungswege zu verfolgen. Zwar ohne Garantie und ohne dass es einfach wäre, aber die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten ist real, und Länder des Globalen Südens haben diese neuen Bedingungen bereits genutzt, um Schritte in Richtung Emanzipation vom neokolonialen Joch einzuleiten.

Für die USA besonders gefährlich ist, dass die Position des US-Dollars als Leitwährung in Frage gestellt wird. Mehrere dieser aufstrebenden Mächte organisieren sich, um in ihren eigenen Währungen zu handeln und entdollarisierte Märkte aufzubauen. China insbesondere arbeitet am Aufbau von Märkten, in denen der Austausch in Renminbi erfolgt. Sollte der Dollar jedoch nicht mehr unverzichtbar sein, würde die Finanzierung des US-Handelsdefizits über Schulden zusammenbrechen. Auch das Monopol der USA auf Zahlungsmittel wäre nicht mehr gesichert. Zwar können die USA weiterhin erheblichen Schaden anrichten – etwa an Einzelpersonen wie Anklägern des Internationalen Strafgerichtshofs, die lediglich ihre Arbeit tun, oder an ganzen Staaten durch die Blockierung von Transaktionen und Bankkarten. Doch als die Russische Föderation im Rahmen der Sanktionen nach der Invasion der Ukraine vom SWIFT-System getrennt wurde, entwickelte sie ein eigenes Zahlungssystem, über das die USA keine Kontrolle haben.

Diese Situation ist für das Imperium inakzeptabel und führt zu einer zunehmend aggressiven Konfrontation mit dieser neuen Konkurrenz, vorrangig mit seinem mächtigsten Rivalen: der Volksrepublik China. Es handelt sich um eine äusserst gefährliche Lage: Unter imperialistischen Bedingungen kann die Neuaufteilung von Märkten und Einflusszonen nur mit Gewalt erfolgen,

was in einen grossflächigen Krieg münden kann. Tatsächlich befinden wir uns seit mehreren Jahren in einem neuen Kalten Krieg, der Stellvertreterkriege umfasst, von denen verschiedene Länder betroffen sind, sowie eine Eskalation, die die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen Grossmächten heraufbeschwört.

Versuche, diesen Niedergang zu bekämpfen: Protektionismus, Faschisierung und Krieg

Trotz ihres sprunghaften Charakters ist die Politik der umfassenden Aggression und der Missachtung des Völkerrechts der zweiten Trump-Regierung nicht irrational. Sie ist zumindest nicht ohne Ziel: die Stärkung des US-Imperialismus und die Wiederherstellung seiner globalen Hegemonie durch Mittel, die diese Regierung für geeignet hält.

Die Politik der Trump-Regierung stellt auch keinen vollständigen Bruch mit den vorherigen Regierungen dar, sondern eine Form der Kontinuität. Angriffskriege und die Missachtung des Völkerrechts sind eine Konstante der US-Politik, sowohl unter republikanischen als auch demokratischen Regierungen. Der «Pivot to Asia» – also die Definition der Volksrepublik China als Hauptgegner des US-Imperialismus – stammt aus der Obama-Regierung. Eine protektionistische Politik zur Reindustrialisierung der USA durch Subventionen und den offenen Bruch mit WTO-Regeln – die die USA selbst nie vollständig eingehalten haben – wurde unter der Biden-Regierung verfolgt.

Die Neuheit der zweiten Trump-Regierung besteht darin, dass sie die Maske fallen gelassen hat. Sie behauptet nicht einmal mehr, eine «regelbasierte internationale Ordnung» zu respektieren – sie stellt die Legitimität jeglichen Völkerrechts offen infrage – und beruft sich auch nicht mehr auf angeblich ehrenhafte Motive wie Menschenrechte oder Demokratie. Sie bekennt sich dazu, ausschliesslich die Partikularinteressen der USA bzw. genauer ihrer herrschenden Klasse zu vertreten und diese anderen Ländern rücksichtslos aufzuzwingen, meist zu deren Nachteil.

Die protektionistische Politik der zweiten Trump-Regierung, insbesondere willkürlich verhängte Zölle gegenüber anderen Ländern, zielt ausdrücklich auf die Verringerung des US-Handelsdefizits ab. Diese Massnahmen dienen zugleich als Druckmittel, um anderen Staaten einseitig zugunsten der USA gestaltete «Deals» abzupressen.

Die zweite Trump-Regierung beschränkt sich nicht auf wirtschaftlichen Zwang, sondern greift ohne Einschränkung auch auf Kriegsdrohungen zurück – sie hat unter anderem Kuba, Mexiko, Kolumbien und Grönland bedroht – und auf tatsächliche militärische Gewalt: Innerhalb eines Jahres wurden Nigeria, Venezuela, der Iran und der Libanon (durch mit den USA verbündete israelische Truppen) angegriffen. Der Einsatz illegaler und krimineller militärischer Interventionen zur Durchsetzung eigener Interessen ist an sich nichts Neues, sondern eine Konstante der US-Politik seit 1945. Neu an der aggressiven Politik der zweiten Trump-Regierung ist jedoch ihre besondere Unverblümtheit, die offenere Verachtung des Völkerrechts sowie ein erratisches

Vorgehen – mehrere Länder wurden innerhalb weniger Monate angegriffen oder bedroht, keines ist sicher –, was sie besonders gefährlich macht.

Selbst der Klimawandel-Leugnungskurs der zweiten Trump-Regierung ist nicht völlig irrational und nicht nur Ausdruck von Ignoranz oder Dummheit. Er entspricht den kurzfristigen Interessen der US-Grossbourgeoisie. Denn was den Dollar unverzichtbar macht, ist seine Rolle im Ölhandel. Ein Ausstieg aus fossilen Energien würde das Ende der Petro-Dollar bedeuten, ohne die der US-Dollar deutlich weniger zentral wäre. Umgekehrt verfügt China über einen erheblichen Vorsprung bei den erneuerbaren Energien – einem Bereich, in dem die USA stark zurückliegen. Zudem verfügt China über eine nahezu monopolartige Kontrolle über die Verarbeitung seltener Erden, die für diese Technologien unverzichtbar sind. Die Energiewende bedroht damit direkt die US-Hegemonie.

Der Faschismus, die offen terroristische Diktatur des Finanzkapitals, ist die Lösung, die die imperialistische Grossbourgeoisie wählt, wenn ihre Herrschaft ins Wanken gerät. Unter Trump, unter dem Einfluss einer bestimmten Tech-Oligarchie schlagen die USA diesen Weg ein: Stärkung der Exekutive und der präsidialen Vollmachten, Abbau des Rechtsstaats und der Gewaltenteilung, Umgehung des Kongresses (mit Unterstützung der republikanischen Mehrheit), Strafverfolgung von Gegner:innen und Begnadigung von Unterstützer:innen des Präsidenten, Versuche der Medienzensur und Druck auf Medien, politische Einflussnahme auf Museen zur Durchsetzung einer nationalistischen Linie, rassistische und willkürliche Politik gegen Migrant:innen mit einer politischen Polizei, die rechtsstaatliche Normen ignoriert. Zwischen der Durchsetzung einer reaktionären Ideologie (Nationalismus, weisser Suprematismus, religiöser Fanatismus) und dem Abbau des Rechtsstaats bewegen sich die USA derzeit gefährlich in Richtung eines faschistischen Regimes.

Es ist unbestreitbar, dass der US-Imperialismus weiterhin mächtig ist und dass seine umfassende Offensive nicht ohne Wirkung geblieben ist und auch kurzfristig gewisse Erfolge erzielt hat. Abgesehen von der Volksrepublik China – die der Trump-Regierung standgehalten und sie zu einem deutlich gerechteren Handelsabkommen gezwungen hat, als ursprünglich vorgesehen – haben praktisch alle anderen Länder dem Zoll-Druck nachgegeben und sich auf skandalös ungleiche Handelsabkommen eingelassen, um die einseitigen Zölle zu reduzieren. Die gröbsten Verstösse gegen das Völkerrecht, Drohungen mit Gewalt sowie tatsächlich ausgeübte, eindeutig illegale Gewaltakte der USA stiessen in den meisten Fällen höchstens auf schwache diplomatische Proteste. Die Aggression gegen Venezuela zwang die bolivarische Regierung zu erheblichen Zugeständnissen; selbst Kuba erhielt kaum Unterstützung angesichts der Verschärfung der Blockade, und kein Land wagte es, der Insel drei Monate lang Öl zu liefern, trotz der offensichtlichen Illegalität dieser Blockade.

Faktisch sind die eingesetzten Mittel jedoch nicht wirklich geeignet, um das angestrebte Ziel zu erreichen – nicht einmal wirtschaftlich. Der von Trump entfesselte Zollkrieg hat weder die Deindustrialisierung der USA umgekehrt noch ihr Handelsdefizit reduziert. Tatsächlich ist dieses so hoch wie nie zuvor. Ironischerweise hat die zweite Trump-Regierung den unter Biden eingeführten «Inflation Reduction Act» demontiert – ein protektionistisches Gesetz (das trotz

seines Namens nichts direkt mit Inflation zu tun hat), das in der Reindustrialisierung wirksamer war als die aktuellen Handelskriege. Statt der versprochenen Reindustrialisierung hat die Politik der Handels- und Kriegsführung der zweiten Trump-Regierung zu einer erheblichen Inflation in den USA geführt, mit destabilisierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Auch wenn die meisten Länder scheinbar dem Druck nachgegeben und nachteilige Handelsabkommen akzeptiert haben, haben sie sich nahezu alle – mehr oder weniger diskret – darum bemüht, Handelsrouten, Lieferquellen und Absatzmärkte zu finden, die die USA umgehen, wodurch deren Bedeutung in der Weltwirtschaft weiter sinkt.

Trump hat die klassischen Instrumente der US-Soft-Power bewusst zurückgestellt und setzt ausschliesslich auf Drohung, Erpressung, wirtschaftlichen Zwang oder direkte militärische Gewalt. Dies gegenüber allen Ländern der Welt, einschliesslich ehemaliger Verbündeter. Die Hinwendung zu Zwangsmitteln, die teurer und weniger verlässlich sind, ergibt sich daraus, dass die US-Soft-Power stark erodiert ist. Hegemonie beruht jedoch auf einer Kombination aus Zustimmung und Zwang. Reiner Zwang ist deutlich weniger effizient, wesentlich teurer und führt zu unsicheren Ergebnissen. Selbst die USA verfügen nicht über die materiellen und personellen Mittel, um gleichzeitig an allen Fronten Kriege zu führen.

Entführung des legitimen Präsidenten von Venezuela

Am 3. Januar 2026 verübten die USA einen beispiellosen Akt der Piraterie: die Entführung des legitimen Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela, Nicolás Maduro, sowie seiner Ehefrau, Cilia Flores. Anschliessend wurden sie vor ein New Yorker Gericht gebracht, wo sie sich grotesken Drogenhandelsvorwürfen stellen mussten, die von niemandem ernst genommen werden können. Sie wurden unter Bedingungen festgehalten, die nach Völkerrecht als Folter gelten können. Allein der Versuch, ein ausländisches Staatsoberhaupt, das diplomatische Immunität geniesst und offensichtlich nicht der Gerichtsbarkeit dieses Gerichts untersteht, vor einem solchen Gericht zu stellen, stellt eine grobe Farce der Justiz dar. In Venezuela blieb die bolivarische Regierung im Amt, und die Vizepräsidentin Delcy Rodríguez übernahm entsprechend der Verfassung interimistisch die Präsidentschaft.

Die Feindseligkeit der USA gegenüber der bolivarischen Revolution ist seit ihren Anfängen konstant. Seither führten die USA eine Kampagne aus politischem Druck und Desinformation, einen Wirtschaftskrieg durch immer härtere Sanktionen und eine Blockade mit schwerwiegenden Folgen für die venezolanische Wirtschaft und Bevölkerung sowie wiederholte Destabilisierungsversuche und Putschversuche, die die bolivarische Revolution jedes Mal abwehren konnte.

Die Existenz der bolivarischen Revolution war für die USA in der Tat inakzeptabel. Venezuela strebte nicht nur nach nationaler Souveränität, sondern verfolgte auch eine internationalistische Perspektive der Zusammenarbeit lateinamerikanischer Länder zur gemeinsamen Emanzipation; zudem unterstützte es aktiv Kuba und schwächte damit die illegale Blockade des Imperiums. Dass

Venezuela zudem über die grössten bekannten Erdölreserven der Welt verfügt, macht das Land zusätzlich strategisch bedeutsam.

Im Jahr 1999, nur wenige Jahre nach dem Zusammenbruch der UdSSR und mitten im «Washington Consensus», gewann Hugo Chávez die Präsidentschaftswahl mit einem Programm der nationalen Befreiung und sozialen Emanzipation. Bald erhob er die Fahne des Sozialismus und startete die bolivarische Revolution. Der Chavismus hatte seine Wurzeln in sozialen Bewegungen und Arbeiterkämpfen, die zuvor nicht siegreich gewesen waren, die die venezolanische Oligarchie jedoch nicht hatte beseitigen können. Die bolivarische Revolution verstaatlichte die Erdölressourcen und verteilte deren Erträge an die Bevölkerung: Armutsreduzierung und deutliche Verbesserung des Lebensstandards, erhebliche Erhöhung des Mindestlohns sowie Ausbau sozialer Leistungen und eines allgemein zugänglichen, stark subventionierten öffentlichen Dienstleistungssystems.

Auch wenn sich die Lage durch sinkende Ölpreise und das unter der Präsidentschaft von Barack Obama von den USA gegen Venezuela verhängte Embargo – das eine echte Form des Wirtschaftskrieges darstellt – verschärfte, setzte die bolivarische Revolution unter der Präsidentschaft von Nicolás Maduro, dem Nachfolger von Hugo Chávez, ihren Kurs fort. Sie musste zahlreiche Schwierigkeiten bewältigen und war oft gezwungen, taktische Rückzüge vorzunehmen. Die Kombination aus US-Wirtschaftskrieg, inneren Widersprüchen in Venezuela und einer einseitig rohstoffexportorientierten Wirtschaft, die sie geerbt hatte, bremste ihre Entwicklung stark und führte zu einer schwierigen sozioökonomischen Lage, unter der die Bevölkerung litt. Dennoch gelang es ihr, Widerstand zu leisten, die Pläne der USA und einer rechtsextremen Opposition, die die venezolanische Oligarchie vertritt, zu durchkreuzen, den Kurs der Souveränität und soweit möglich der sozialen Gerechtigkeit beizubehalten. Die Regierung erzielte zudem Fortschritte bei der Diversifizierung des Wirtschaftsmodells durch endogene Industrialisierung und Agrarreformen, die eine Annäherung an Ernährungssouveränität ermöglichten.

Die Unfähigkeit der USA, die bolivarische Revolution durch Wirtschaftskrieg und Destabilisierung zu besiegen, führte dazu, dass die zweite Trump-Regierung zur direkten militärischen Aggression überging. Angesichts der Verschärfung der US-Angriffe, der Piraterieakte, die Venezuelas Ölexporte blockierten, der Verschärfung der Blockade und ihrer verheerenden sozioökonomischen Folgen sowie der Entführung des legitimen Präsidenten sah sich die Regierung von Delcy Rodríguez gezwungen, zu verhandeln und schwierige Kompromisse sowie schmerzhafte Rückschritte zu akzeptieren. Sie musste Verhandlungen mit den USA führen, während der legitime Präsident entführt war, zahlreiche wegen politischer Handlungen verurteilte Personen amnestieren (oft rechte Aktivist:innen, die für vergleichbare Taten in der Schweiz streng bestraft würden), und die Verstaatlichung des Öls teilweise zurücknehmen, indem öffentlich-private Partnerschaften in Form von Konzessionen an ausländische multinationale Unternehmen zugelassen wurden (zu Bedingungen, die mit dem venezolanischen Staat ausgehandelt wurden, was einen Rückschritt gegenüber den ursprünglichen Zielen der bolivarischen Revolution darstellt, aber keineswegs einer Privatisierung entspricht). Zudem wurde Venezuela gezwungen, sein

internationales Ölhandelsgeschäft unter externe Aufsicht zu stellen, was zwar den Nebeneffekt hatte, wieder Deviseneinnahmen zu ermöglichen – die der Staat sofort zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen nutzte –, jedoch eine schwere Verletzung der Souveränität darstellt und das Land daran hindert, Kuba weiterhin materiell zu unterstützen.

Im Übrigen ist es falsch, die Macht in Venezuela zu personalisieren. Das Narrativ einer «Diktatur» von Nicolás Maduro sowie einer «Kapitulation» oder eines «Verrats» von Delcy Rodríguez ist grob manipulativ. Das bolivarische Venezuela ist vor allem eine verwirklichte Volksmacht mit ihrer Organisation in Volkskommunen, echter Selbstverwaltung des Volkes und einem Netzwerk kooperativer Unternehmen neben Staatsapparat und repräsentativen Institutionen. Diese Selbstverwaltung setzt ein organisiertes, politisiertes Volk voraus, das sich seine Revolution nicht leicht entreissen lässt.

Was Trump betrifft, so brachte ihm sein spektakulärer Schlag einen einfachen Sieg und eine Drohkulisse gegenüber allen widerständigen Staaten. Doch im Kern gelang es den USA lediglich, den Präsidenten Venezuelas zu entführen, nicht jedoch seine Regierung zu stürzen. Trump musste eingestehen, dass die venezolanische Opposition und die Faschistin María Corina Machado keinerlei Legitimität besitzen, um zu regieren. Ein gewaltsamer Sturz der venezolanischen Regierung hätte eine gross angelegte Bodeninvasion erfordert, die neben der regulären Armee auf den unüberwindbaren Widerstand der acht Millionen Freiwilligen der venezolanischen Volksmilizen gestossen wäre. Eine solche Invasion wäre für die USA höchstwahrscheinlich zu einem Desaster geworden.

Es ist unbestreitbar, dass die bolivarische Revolution eine extrem schwierige Phase durchläuft und die durch die US-Aggression erzwungenen Rückschritte erheblich sind. Dennoch leistet sie weiterhin Widerstand. Die Zukunft ist noch nicht geschrieben. Auch wenn das Überleben der Revolution nicht garantiert ist, kann sie den Widerstand fortsetzen und morgen wieder in die Offensive gehen. Es ist unsere Pflicht, weiterhin unbeirrbare internationalistische Solidarität mit den revolutionären Kräften Venezuelas zu zeigen – gerade in diesen dunklen Tagen, in denen sie bedroht sind.

Verschärfung der Blockade gegen Kuba

Seit den ersten Tagen der kubanischen Revolution haben die USA – die es nie toleriert haben, dass ihr ehemaliges Einflussgebiet ein unabhängiges, geschweige denn sozialistisches Land wird – versucht, diese zu ersticken: durch den Einsatz von Söldnern, durch Terrorismus und durch die Verhängung einer mörderischen Blockade, deren erklärtes Ziel es ist, die Lebensbedingungen des kubanischen Volkes unerträglich zu machen und es durch Hunger zur Aufgabe seiner Revolution zu zwingen. Diese Blockade ist illegal, extraterritorial und wird faktisch auch von Schweizer Unternehmen mitgetragen, obwohl sich die Schweiz offiziell dagegen ausspricht.

Diese Blockade wurde unter der ersten Trump-Regierung weiter verschärft, die das Helms-Burton-Gesetz III in Kraft setzte und Kuba auf die Liste der Staaten setzte, die angeblich Terrorismus unterstützen (ohne jegliche glaubwürdige Begründung). Die Biden-Regierung nahm diese Massnahmen nicht zurück (abgesehen von einer kurzzeitigen Streichung Kubas von dieser Liste am Ende ihrer Amtszeit, die von der zweiten Trump-Regierung rasch wieder rückgängig gemacht wurde). Trotz dieser erdrückenden Blockade ist es Kuba gelungen, unter enormen Opfern nicht nur den Sozialismus zu bewahren, sondern auch so weit wie möglich soziale Gerechtigkeit, ein kostenloses und qualitativ hochwertiges Bildungs- und Gesundheitssystem für seine Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Die Lage war jedoch nie so ernst wie seit dem Amtsantritt der zweiten Trump-Regierung. Trump verhängte eine Seeblockade gegen die Lieferung von Kohlenwasserstoffen nach Kuba, drohte Ländern mit schweren Repressalien, sollten sie Öl dorthin liefern, und verübte Piraterieakte gegen Tanker. Venezuela, dessen Ölsektor inzwischen unter externe Aufsicht gestellt wurde, kann Kuba nicht mehr unterstützen, und Mexiko hat dies unter US-Druck aufgegeben. Drei Monate lang gelangte kein Tropfen Öl auf die Insel, während die eigenen Reserven nur etwa 40 Prozent des kubanischen Bedarfs decken. Kuba ist jedoch auf Erdöl nicht nur für den Transport, sondern auch für die Stromproduktion angewiesen (die aus historischen Gründen weiterhin stark von thermischen Kraftwerken abhängt). Die Folgen dieser künstlich erzeugten Knappheit sind dramatisch: drastische Stromrationierungen, mehrere Blackouts (bei denen auch Patient:innen in Krankenhäusern starben) und massive Versorgungsprobleme, die die Bevölkerung schwer belasten. Ein nicht zu rechtfertigendes Verbrechen der USA.

Trotz allem ist Kuba nicht völlig isoliert geblieben. Mehrere Länder haben humanitäre Hilfe geleistet. Die Volksrepublik China hat erhebliche materielle Unterstützung für die Installation von Photovoltaikanlagen bereitgestellt und damit die Energiewende beschleunigt. Mexiko hat sein Recht bekräftigt, weiterhin Öl nach Kuba zu liefern, und verhandelt mit den USA über mögliche Lieferungen ohne Repressalien. Zahlreiche internationalistische Aktivist:innen beteiligen sich an einer Flottille für Kuba, um die Blockade zu durchbrechen und medizinische Güter sowie humanitäre Hilfe zu liefern.

Schliesslich hat die Russische Föderation die Blockade durchbrochen, indem sie den Tanker «Anatoly Kolodkin» nach Kuba entsandte – den die US-Flotte passieren liess –, was der Insel dringend benötigte Entlastung verschaffte und die Hoffnung weckte, dass weitere Länder die Blockade und die Einschüchterungspolitik der Trump-Regierung künftig brechen und Kuba wieder regelmässig mit Kohlenwasserstoffen versorgen könnten. Russland hat bereits angekündigt, weiterhin Öl nach Kuba zu liefern.

Die kubanische Regierung war gezwungen, Verhandlungen mit den USA aufzunehmen. Sie hat jedoch von Anfang an eine klare rote Linie gezogen: Verhandlungen nur auf Augenhöhe; keine Preisgabe der nationalen Souveränität; kein Systemwechsel; keine Infragestellung des Sozialismus. Daher sind die Gespräche bisher nicht weit gekommen. Trump droht Kuba regelmässig, es werde «als nächstes» nach dem Ende seines Krieges gegen den Iran an der Reihe

sein. Die Gefahr einer US-Invasion Kubas ist real. Der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel hat für diesen Fall eine «unerschütterliche Widerstandsfähigkeit» angekündigt.

Mehr denn je braucht Kuba unsere Solidarität. Internationale Solidarität – politisch wie auch konkret materiell – mit der kubanischen Revolution muss eine Priorität für alle wirklich progressiven und antiimperialistischen Organisationen weltweit sein, auch für die PdAS. Es gibt verschiedene konkrete Möglichkeiten: Spendenaktionen für MediCuba und andere Solidaritätsprojekte, Mobilisierung zur Aufklärung über die tatsächliche Lage in Kuba und zur politischen Druckausübung auf die Schweiz, damit sie ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllt, sowie parlamentarische Vorstösse durch Parteivertreter:innen.

Krieg gegen den Iran

Die zweite Trump-Regierung hat das im Wahlkampf noch scheinbar «interventionskritische» Narrativ vollständig aufgegeben und ihren ersten grossen Krieg gemeinsam mit Israel begonnen, indem sie die Islamische Republik Iran angriff (während die israelische Armee gleichzeitig den Libanon attackierte).

Donald Trump soll dabei den Vorgaben von Benjamin Netanjahu gefolgt sein, um einen Krieg gegen den Iran zu beginnen. In diesem Fall konvergierten die Ziele der US-Regierung mit denen der israelischen Regierung. Für die Netanjahu-Regierung ist dieser Krieg eine günstige Gelegenheit, Staaten und Organisationen in der Region, die ihren expansionistischen Plänen entgegenstehen, insbesondere die Islamische Republik Iran, entscheidend zu schwächen oder zu brechen. Das durch den Krieg erzeugte Chaos ist dabei ein Vorteil, während die dramatischen Folgen für die Bevölkerung keinerlei Rolle spielen. Die israelische Regierung nutzt die Aufmerksamkeit auf den Krieg, um den Völkermord in Gaza fortzusetzen, die Kolonisierung und ethnische Säuberung im Westjordanland zu beschleunigen und Teile des Libanon zu annektieren. Für den Premierminister hat der permanente Kriegszustand zudem den persönlichen Vorteil, seine rechtlichen Probleme weiter aufzuschieben.

Allerdings ist keineswegs sicher, dass diese Eskalationspolitik langfristig im Interesse Israels liegt. Drei Jahre ununterbrochener genozidaler Krieg haben verheerende wirtschaftliche Auswirkungen (bis zu 10 Prozent BIP-Verlust). Die Zentralbank Israels hat eine deutliche Steuererhöhung zur Finanzierung der inzwischen dauerhaften Kriegsausgaben ins Gespräch gebracht, die extrem kostspielig sind. Auch die militärischen Kapazitäten der israelischen Armee werden durch den Kampf an allen Fronten zunehmend überlastet. Angesichts der wachsenden internationalen Isolation Israels, dessen Handlungen in der öffentlichen Meinung immer schwerer zu rechtfertigen sind, und der zunehmend komplizierten Beziehungen zwischen Europa und den USA reagiert die Netanjahu-Regierung mit weiterer Eskalation, einschliesslich eigener Sanktionen gegen europäische Länder, die sie nicht ausreichend unterstützen, und dem wiederkehrenden Vorwurf des «Antisemitismus». Dies verstärkt ihre Isolation zusätzlich. Diese Politik der Eskalation ist kurzfristig nur so lange tragfähig, wie die USA Israel bedingungslos unterstützen.

Die Motive der Trump-Regierung liegen vor allem in der Kontrolle über Öl und der Verhinderung der Entdollarisierung ihres Marktes, in der Konfrontation mit China – da iranisches Öl hauptsächlich dorthin exportiert wird und dessen Blockade als Druckmittel gegen China dient –, in regionaler Hegemonie sowie in der Ausschaltung einer widerspenstigen regionalen Mittelmacht wie der Islamischen Republik Iran, die zwar reaktionär ist, aber unabhängig von den USA agiert und eigene Interessen verfolgt.

Die bisherige Bilanz des Krieges fällt klar zugunsten Israels aus, während die USA in eine Falle geraten sind, deren Konsequenzen noch nicht vollständig absehbar sind. Der Angriffskrieg der Trump-Regierung basierte nicht nur auf einer massiven Überschätzung der US-Militärmacht und einer groben Fehleinschätzung der regionalen Realität, sondern auch auf einem Mangel an strategischer Planung in mehreren Etappen. Diese Inkompetenz hat sich gegen seine Urheber gewandt. Der Widerstand der Islamischen Republik trotz Bombardierungen und der Tötung eines grossen Teils ihrer Führung war nicht vorhergesehen worden, obwohl er absehbar gewesen wäre. Ebenso wenig wurden die Schliessung der Strasse von Hormus und die daraus resultierende Blockade des Öl- und Gasexports mit massiven Preissteigerungen erwartet oder gewollt. Hinzu kommt, dass grosse Mengen an Düngemitteln, verschiedenen Metallen – insbesondere Aluminium – sowie Neon in den Golfstaaten produziert und über die Strasse von Hormus transportiert werden. Die Blockade dieser Lieferketten droht katastrophale Nahrungsmittelengpässe in mehreren Ländern auszulösen. Die US-amerikanischen und israelischen Angriffe auf Energieinfrastruktur im Iran sowie iranische Gegenschläge gegen Energieanlagen verbündeter Staaten haben zudem Schäden verursacht, die kurzfristig nicht zu beheben sind. Die anhaltende Blockade der Strasse von Hormus hat die Welt an den Rand eines Ölpreisschocks gebracht, der denjenigen der 1970er Jahre übertreffen könnte und eine schwere globale Depression auslösen würde.

Trotz der katastrophalen Zerstörungen, die dem Iran zugefügt wurden, wurde keines der vagen und wechselnden Kriegsziele erreicht: kein Regimewechsel, keine Kapitulation, keine komplette Zerstörung der militärischen und nuklearen Fähigkeiten der Islamischen Republik, die sich als widerstandsfähiger erwies, als die US-israelische Koalition erwartet hatte. Der Iran musste seine Gegner nicht auf dem Schlachtfeld übertreffen, um nicht zu verlieren – es genügte, trotz der scheinbar erdrückenden Asymmetrie der Kräfte weiter Widerstand zu leisten. Die extrem kostspielige US-Kriegsmaschinerie hat erneut ihre Grenzen offenbart: Sie kann von einem militärisch schwächeren, aber entschlossenen Gegner in Schach gehalten werden. Die Strasse von Hormus war zudem vor dem Krieg offen und stand nicht unter iranischer Kontrolle. Nun hat Iran die Kontrolle darüber übernommen.

Angesichts dieses unvorhergesehenen Problems sah sich die US-Regierung gezwungen, NATO-Verbündete sowie Japan, Südkorea und sogar China um Hilfe zu bitten – erhielt jedoch keine positive Antwort, sondern klare Ablehnungen mehrerer Staaten. Während nur Spanien diesen Krieg entschieden als verbrecherisch verurteilte und den Embryo-Drohungen Trumps standhielt, unterstützte kein US-Verbündeter ausser Israel den Krieg. Mehrere europäische Länder distanzierten sich und erklärten, dies sei nicht ihr Krieg, und verweigerten die Nutzung von NATO-Stützpunkten und ihres Luftraums. Selbst die Schweiz musste im Rahmen ihrer Neutralität

ihren Luftraum für US-Kampfflugzeuge sperren und Waffenexporte an die USA untersagen; Bundesrat Martin Pfister bezeichnete den Krieg sogar als «Verletzung des Völkerrechts».

Angesichts dieser Ablehnungen erwog Trump offen, Teile der US-Truppen und Basen aus Europa abzuziehen – da diese nutzlos wären, wenn sie nicht frei eingesetzt werden könnten – oder sogar aus der NATO auszutreten, da das Bündnis aus US-Sicht keinen Nutzen habe, wenn es nicht alle einseitigen Kriege unterstütze. Auch die US-amerikanische Hegemonie über die Länder des Persischen Golfs ist erheblich angekratzt. Die Trump-Regierung hat diese Länder gegen ihren Willen in einen Krieg hineingezogen, der ihren Interessen zuwiderläuft, und die US-Stützpunkte auf ihrem Territorium haben sich als unfähig erwiesen, ihnen Schutz zu bieten. Diese Länder könnten daher dazu veranlasst werden, darüber nachzudenken, ob die US-amerikanische Vormundschaft noch mit ihren eigenen Interessen vereinbar ist.

Trump eskalierte die Lage bis hin zu der Drohung, im Rahmen eines weiteren Ultimatums die Energie-, Verkehrs- und Entsalzungsinfrastruktur Irans zu zerstören – was ein klarer Verstoss gegen das Völkerrecht und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit wäre – und «jede Zivilisation» zu vernichten, sodass das Land sich nie wieder erholen könne, es also «ins Steinzeitalter zurückzuversetzen». Dies entspricht einer sehr expliziten Drohung mit Genozid. Wörtlich genommen wäre dies gleichbedeutend mit dem Einsatz von Nuklearwaffen im grossen Massstab. Solche Aussagen stiessen jedoch bei den meisten Regierungen bestenfalls auf verhaltene Kritik, teilweise sogar auf Schweigen, das faktisch Komplizenschaft bedeutet.

Schliesslich entschied sich die US-Regierung zum Rückzug und akzeptierte einen über Pakistan vermittelten Waffenstillstand, der einem iranischen Sieg gleichkommt. Die Islamische Republik blieb an der Macht – weit entfernt von der von Trump geforderten bedingungslosen Kapitulation –, behielt ihre Uranvorräte und zusätzlich die Kontrolle über die Strasse von Hormus. Die einzige Bedingung für den Waffenstillstand war die Wiederöffnung der Strasse von Hormus; diese war jedoch nur wegen des US-Angriffs geschlossen worden.

Ein Waffenstillstand ist jedoch noch kein Frieden. Einerseits gilt er nicht für den Libanon, wo Israel seinen ethnischen Vernichtungskrieg fortsetzt. Andererseits gibt es keine Garantie für seine Dauerhaftigkeit oder dafür, dass er nicht von einer erneuten imperialistischen Aggression abgelöst wird. Tatsächlich führten die ersten Verhandlungen zu keinem Ergebnis, da der Iran sich weigerte, die einseitigen Forderungen der USA zu akzeptieren. Daraufhin verkündete Trump seinerseits eine Blockade der Strasse von Hormus und liess erneut die Gefahr einer globalen Wirtschaftskrise und einer grossflächigen Eskalation über die Welt aufziehen.

Verschärfte Beziehungen zwischen den USA und der EU

Die USA haben nie gezögert, das asymmetrische Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten auszunutzen oder sich in die inneren Angelegenheiten europäischer Länder einzumischen, auch mit illegalen und Zwangsmassnahmen. Das jüngste Beispiel dafür ist die protektionistische Politik der Biden-Regierung – der Inflation Reduction Act –, der die «Verbündeten» der EU genauso als

Konkurrenten behandelte wie offen als Gegner bezeichnete Staaten, mit wenig Rücksicht auf die Prinzipien des Freihandels.

Die Neuheit unter der Trump-II-Administration besteht darin, dass auch hier die Maske gefallen ist und die EU-Länder offen mit Verachtung und weitgehend in feindseliger Weise behandelt werden – ähnlich wie Staaten des Globalen Südens. Die Trump-Regierung ging sogar so weit, wie selbstverständlich die Annexion eines zu Dänemark gehörenden, EU-Mitgliedsstaats zu fordern: Grönland; verbunden mit der offenen Drohung, Gewalt anzuwenden, falls Dänemark das Gebiet nicht freiwillig abtritt.

Denn auch wenn die Grundlagen der heutigen EU ursprünglich im Rahmen des Marshallplans gelegt wurden, um Westeuropa dauerhaft unter US-Hegemonie zu halten, und dieses Ziel bislang weitgehend erreicht wurde – die EU blieb wirtschaftlich, politisch und militärisch (über die NATO) in einem Abhängigkeitsverhältnis –, ist sie zugleich auch ein Konkurrenzblock, in dem einige Mitgliedsstaaten selbst imperialistische Mächte sind und Interessen verfolgen, die denen der USA widersprechen können.

Auch wenn Trump letztlich (vorerst?) zurückwich, fiel die Reaktion der EU auf das, was klar als Kriegsdrohung gegen einen ihrer Mitgliedstaaten zu werten ist, äusserst schwach aus. Zwar unterstützte man Dänemark teilweise – und entsandte in einigen Fällen sehr geringe Truppenkontingente nach Grönland –, doch vermied man jede klare Verurteilung der beispiellosen Drohung einer Invasion eines souveränen EU-Staats. Teilweise ging die Unterwürfigkeit so weit, dass selbst diese minimalen Massnahmen damit begründet wurden, Grönland gegen angebliche Bedrohungen durch Russland oder China zu schützen – obwohl diese Länder das Gebiet nie beansprucht haben.

Die EU kann kein Schutzschild gegenüber den USA sein, da sie ein Zusammenschluss von Staaten mit divergierenden Interessen ist, von denen die meisten in einem strukturellen Abhängigkeitsverhältnis zum Imperium stehen. Symptomatisch für diese Unterordnung ist das Verhalten von Ursula von der Leyen: Als Trump Zölle gegen die EU verhängte, reagierte sie nicht mit symmetrischen Gegenmassnahmen – obwohl die EU sich dies im Gegensatz zu kleineren Staaten hätte leisten können –, sondern verhandelte eilig ein nachteiliges Abkommen und unterzeichnete es auf einem privaten Golfplatz des US-Präsidenten in Schottland (also auf dem Gebiet eines Landes, das kürzlich die EU verlassen hat). Zwar drängten einige Mitgliedsstaaten auf mehr Unabhängigkeit von den USA, doch Entscheidungsstrukturen und Machtverhältnisse innerhalb der EU blockieren diesen Weg.

Und dennoch zwingt der aggressive Unilateralismus der Trump-Regierung die EU und einzelne europäische Staaten dazu, in erster Linie ihre eigenen Interessen zu verteidigen, und versetzt sie in die Notwendigkeit, die imperiale Vormundschaft infrage zu stellen. Der offene Einsatz von Zwang gegenüber Verbündeten – wenn auch in einem Verhältnis der Unterordnung – erweist sich damit als kontraproduktiv und führt zur Erosion der US-Hegemonie. Einige Länder haben erste Schritte in diese Richtung unternommen: Frankreich hat beschlossen, im Verwaltungsbereich Produkte der grossen Tech-Konzerne durch freie oder europäische Software zu ersetzen, kein europäisches Land

hat den Krieg gegen den Iran unterstützt, mehrere haben ihn verurteilt, und selbst die rechtsextreme italienische Regierung versucht inzwischen, sich so weit wie möglich von der Trump-Administration zu distanzieren. Spanien hat einen unverhohlenen Annäherungsprozess an China eingeleitet.

Selbst wenn sich dieser Trend vollständig durchsetzen würde, bis hin zur vollständigen Emanzipation der EU von der Vormundschaft der USA, würde dies zwar die US-Hegemonie entsprechend reduzieren, doch wäre eine unabhängige EU deshalb noch lange kein positiver Faktor auf globaler Ebene. Denn die EU ist keine wohlwollende Institution, die «unsere Werte» verkörpern würde (welche Werte?). Als grundsätzlich neoliberales und undemokratisches Konstrukt, das von Ländern dominiert wird, die selbst imperialistische Mächte und ehemalige Kolonialmächte sind, ist die EU ein imperialistischer Block, der seinerseits die Interessen seiner eigenen multinationalen Konzerne aggressiv verteidigt. Wir sollten daran erinnern, dass die EU derzeit in rasantem Tempo aufrüstet und mit der «Sprache der Macht» sprechen will. Diese Entwicklung würde sich nicht umkehren, wenn sie ihre Unterwerfungsverhältnisse gegenüber den USA aufkündigen würde – ganz im Gegenteil.

Daher wäre selbst im Fall einer tatsächlichen Unabhängigkeit der EU von den USA eine politische Ausrichtung der Schweiz auf die EU, wie sie die reformistische Linke fordert, nicht sinnvoll. Vielmehr müsste dann umso konsequenter eine strikte Neutralität, die Verteidigung des Völkerrechts – das die EU nur sehr selektiv und opportunistisch respektiert – sowie eine Nichtausrichtung auf diesen imperialistischen Block vertreten werden.

Schweiz: Beharrliches Festhalten an der Unterordnung unter die USA

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA sind historisch bedeutend. Die Gründer des modernen Bundesstaats liessen sich bei der Ausarbeitung der Verfassung von 1848 von der US-Verfassung inspirieren, insbesondere vom Zwei-Kammern-System. Daraus entstand der Mythos der «Schwesterrepubliken», der in der Praxis eher rhetorischer als realer Natur ist.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben diese Beziehungen eine Form einseitiger Unterordnung angenommen. Die Schweiz, deren Behörden im Krieg die falsche Seite unterstützt hatten, geriet in Schwierigkeiten, als das Dritte Reich in seinen letzten Zügen lag. Der Bundesrat fand damals eine Lösung, indem er eine formal strikte Neutralität mit einer faktischen Anlehnung an die neue Supermacht des kapitalistischen Weltsystems, die USA, im Rahmen des sich abzeichnenden Kalten Krieges kombinierte. Die Neutralität der Schweiz erlaubte ihr eine besondere Rolle, die damals auch für die USA nützlich war. Die Schweizer Bourgeoisie wusste diese Situation zu ihrem Vorteil zu nutzen und daraus erhebliche wirtschaftliche Gewinne zu ziehen. Die Neutralität bot der Schweiz eine nützliche Fassade, um sich als scheinbar selbstlose Verteidigerin einer «regelbasierten internationalen Ordnung», des Völkerrechts und des humanitären Völkerrechts zu präsentieren, als kleines, wohlwollendes Land ohne «versteckte Agenda», während sie de facto die Interessen ihrer Grossunternehmen verfolgte.

Heute jedoch ist diese Epoche vorbei. Selbst die Schweiz wird von Trump in einer Form besonderer Feindseligkeit behandelt. Diese US-Feindseligkeit gegenüber der Schweiz ist allerdings nicht neu: Das Imperium hat keine Verbündeten, sondern nur Interessen, die es rücksichtslos verfolgt. Als Beispiele aus jüngerer Zeit: Die Verfahren gegen Schweizer Banken, um ihnen Marktanteile abzuringen – obwohl die USA selbst eigene Steueroasen besitzen, die kaum «moralischer» sind – stammen aus der Obama-Administration. Auch die protektionistischen Massnahmen der Biden-Regierung trafen die Schweiz nahezu wie einen feindlichen Staat.

Der Grund liegt darin, dass die USA heute das Völkerrecht zunehmend ignorieren und die Diplomatie faktisch in den Hintergrund gedrängt haben, zugunsten einer offen machtbasierten Politik. Eine neutrale Plattform wie die Schweiz ist für sie dadurch weniger nützlich geworden. In der Phase einer struktureller Kapitalismuskrise, in der die interimperialistische Konkurrenz zunimmt und Absatzmärkte enger werden, haben imperialistische Mächte zudem keinen Anlass mehr, der Schweizer Bourgeoisie jene privilegierte Position zu belassen, die sie in einer früher günstigeren Phase einnehmen konnte.

Angesichts dieser Situation einer sich verschärfenden, allseitigen US-Aggression, des beschleunigten Abbaus des Völkerrechts und einer offen feindseligen Politik gegenüber der Schweiz hat der Bundesrat den Weg der Unterordnung unter das Imperium gewählt. Gegenüber den einseitigen Zolltarifen – die sich weiter verschärften, nachdem Bundesrätin Karin Keller-Sutter Trumps Lügen widersprochen hatte – überboten sich Bundesrat und Schweizer Bourgeoisie gegenseitig in Unterwürfigkeit.

Nicht einmal offiziell ist vorgesehen, die Verhandlungen über dieses Abkommen zu beenden – anders als etwa die EU es getan hat –, obwohl die Trump-Administration die vereinbarten Bedingungen selbst nicht einhält und die Frage seit dem Urteil des US-Supreme-Court zur Rechtswidrigkeit einseitiger Zölle eigentlich gegenstandslos geworden ist. Lediglich Bundesrat Martin Pfister erwog kurz die Möglichkeit, den Kaufvertrag für die US-Patriot-Systeme zu kündigen – deren Lieferung die USA auf unbestimmte Zeit verschieben, während sie gleichzeitig weiterhin bezahlt werden –, ohne jedoch den Vertrag für die F-35-Kampfjets und die israelischen Drohnen infrage zu stellen, die zudem nicht ordnungsgemäss funktionieren.

Die Schweiz hat praktisch nichts unternommen, um ihre Abhängigkeit von den USA zu verringern, und die Schweizer Bourgeoisie zeigt kaum Bereitschaft, sich von einem US-Markt zu lösen, der inzwischen höchst unberechenbar geworden ist.

Die SVP, die eifrig jede Unterwürfigkeit des Bundesrats gegenüber Trump unterstützt, hat damit bewiesen, dass ihr Patriotismus nur Fassade ist und sie ihre «Hellebarden» nur dann schwingt, wenn es ihr politisch nützt und nichts kostet.

In dieser zunehmend feindseligen Lage müssen wir eine Linie der strikten Einhaltung der Schweizer Neutralität verteidigen – als Schutzschild gegen jede Einbindung in imperialistische Blöcke –, der nationalen Unabhängigkeit sowie der Ablehnung jeder Unterordnung sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber der EU, der Ablehnung jeder Annäherung an die NATO

und des Bruchs der Zusammenarbeit mit diesem imperialistischen Bündnis sowie einer Politik des Friedens, der Kooperation und der Achtung des Völkerrechts.

Angesichts der allseitigen US-Aggression: unsere Pflicht zur Solidarität

Dass die USA ein im Niedergang befindliches Imperium sind, bedeutet keineswegs, dass sie keine Gefahr mehr darstellen. Im Gegenteil: Sie werden dadurch nur noch gefährlicher. Sie verfügen weiterhin über erhebliche Zwangsmittel – politisch, wirtschaftlich und militärisch –, die sie umso aggressiver einsetzen, je mehr ihre Position geschwächt ist.

Und dennoch ist der US-Imperialismus trotz seiner Brutalität und der von ihm ausgehenden Gefahr nicht unbesiegbar. Seine Dominanz ist brüchig geworden und kann überwunden werden. Ihre wirtschaftlichen Druckmittel verlieren an Wirksamkeit. Selbst ihre Militärmaschinerie zeigt Grenzen. Auch die Trump-II-Administration ist im Inland mit wachsenden Schwierigkeiten konfrontiert: Proteste zwangen sie in Minneapolis zum Rückzug, Wahlen gehen systematisch verloren, der Supreme Court deckt ihre Exzesse nicht mehr automatisch, und selbst ein Teil früherer Trump-Unterstützer:innen distanziert sich angesichts seiner Eskalationen.

Auch wenn einzelne Länder für sich genommen gegenüber den USA und ihren Zwangsmitteln verwundbar bleiben, ergibt sich daraus die Notwendigkeit internationaler Solidarität und gegenseitiger Unterstützung antiimperialistischer Kräfte. Die Realität einer multipolaren Welt sowie die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen Staaten unabhängig von ihren jeweiligen Gesellschaftssystemen und Zielen – sofern sie gemeinsam die einseitige Dominanz der USA ablehnen – eröffnen Emanzipationspotenziale, wenn auch ohne Garantie und voller Widersprüche.

Für uns bedeutet das, dass wir die internationalistische Solidaritätsarbeit mit sozialistischen Ländern sowie revolutionären und antiimperialistischen Kräften weltweit verstärken müssen. Wir müssen die strikte Einhaltung der Schweizer Neutralität verteidigen, die Achtung des Völkerrechts, die Unabhängigkeit gegenüber den USA, der EU und der NATO, die Entkopplung von den USA sowie die Diversifizierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit anderen Regionen der Welt. Jede weitere Annäherung an die NATO oder jede Form der Unterordnung unter die USA oder die EU ist zu bekämpfen. Ebenso müssen wir Druck ausüben, damit die Schweiz ihre eigenen völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllt – was auch die Nichtanwendung des illegalen Boykotts gegen Kuba durch Schweizer Unternehmen einschliesst – sowie Sanktionen gegen Israel, die längst jede bereits zuvor überschrittene Grenze weiter verletzt.

Diese gesamte Lage zeigt auch die Dringlichkeit eines beschleunigten Ausstiegs aus fossilen Energien. Dieser ist nicht nur aus ökologischen Gründen notwendig, sondern auch aus geopolitischen und im Sinne nationaler Unabhängigkeit: Fossile Energieträger bleiben ein zentrales Instrument US-amerikanischer Hegemonie, und ihre Versorgung kann infolge von Kriegen zunehmend unsicher werden. Eine stabile Versorgung mit erneuerbaren und lokalen Energien – was auch energetische Suffizienz voraussetzt – ist für ein Land ohne eigene Kohlenwasserstoffvorkommen unerlässlich, wenn es seine Unabhängigkeit bewahren will.

Als letzte Ausprägung eines dekadenten imperialistischen Kapitalismus drohen die USA unter Trump, den Planeten in Brand zu setzen, um die Privilegien einer Minderheit noch für eine gewisse Zeit zu sichern. Doch so bedrohlich diese Entwicklung ist, sie ist nicht die einzige mögliche Zukunft. Der Imperialismus kann und muss besiegt werden. Die Zukunft kann und muss sozialistisch sein. Es hängt von unserem Kampf ab, sie Wirklichkeit werden zu lassen.